## Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4 06844 Dessau-Roßlau Tel.: 0340/2040



## Niederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 07.06.2017

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr Sitzungsende: 20:23 Uhr

Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Es fehlten: siehe Anwesenheitsliste

### Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Haupt- und Personalausschusses, Herr Oberbürgermeister Kuras, begrüßte die Ausschussmitglieder, Beigeordneten und Gäste, stellte die form- und fristgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit neun anwesenden Ausschussmitgliedern fest.

### 2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Kuras gab eine Änderung der Tagesordnung bekannt:

Die Informationsvorlage IV/026/2017/II-10 "Personalreport der Stadt Dessau-Roßlau für das Jahr 2016", die in der Einladung ursprünglich im nichtöffentlichen Teil unter TOP 10.2 stand, wurde in den öffentlichen Teil gezogen und wird unter TOP 7.2 behandelt werden.

Außerdem kündigte der Oberbürgermeister an, dass unter TOP 7.3 "Sonstige Anfragen und Mitteilungen" einige Informationen zum OdF-Denkmal und zum Sachstand Kavalierstraße vorgetragen werden. Dies stelle jedoch keine Änderung der Tagesordnung dar.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, erklärte, TOP 7.1 "Rathaus Dessau – Sanierungskonzept Innengestaltung Foyers und Haupttreppenhaus/Ratssaal" (IV/014/2017/III-65) zurückziehen zu wollen. Herr Oberbürgermeister Kuras erwiderte, diesen Tagesordnungspunkt nicht zurückziehen zu werden und in verkürzter Form zu beraten. Er erklärte, das Thema sollte zumindest kurz erörtert werden und kündigte an, einen Vorschlag zu unterbreiten.

**Frau Benckenstein, AfD-Fraktion,** die im Vorfeld der Sitzung eine Tischvorlage verteilt hat, beantragte, diese Beschlussvorlage BV/186/2017/AfD "Aufhebung des Stadtratsbeschlusses vom 03.06.2015 (BV/086/2015/IV-80)" in den nichtöffentlichen Teil aufzunehmen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, wendete ein, dass die Vorlage weder form-, noch fristgemäß eingereicht worden ist. Insofern könne die Vorlage nur Thema unter "Nichtöffentliche Anfragen und Informationen" sein. In die Tagesordnung könne die Vorlage nicht aufgenommen werden.

**Der Oberbürgermeister** schlug vor, die Vorlage unter TOP 10.3 "Sonstige nichtöffentliche Anfragen und Mitteilungen" zu behandeln. Dieser Vorschlag wurde mehrheitlich angenommen.

### 3 Genehmigung der Niederschrift vom 19.04.2017

Da keine Wortmeldungen vorgebracht wurden, stellte **der Oberbürgermeister** die Niederschrift zur Abstimmung:

Die Niederschrift vom 19.04.2017 wurde einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 09:00:00

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

**Herr Oberbürgermeister Kuras** gab die zwei in der Sitzung vom 19.04.2017 gefassten Beschlüsse bekannt:

- Zielvereinbarung 2017 mit der Geschäftsführerin der Dessauer Wohnungsbaugesellschaft mbH (DWG)
   Vorlage: BV/099/2017/II-20BTM
- Zielvereinbarung 2017 mit der Geschäftsführerin der Immobilien- und Verwaltungsservice GmbH (IVG)
   Vorlage: BV/100/2017/II-20BTM

# 5 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Es gab keine Eilentscheidungen im Berichtszeitraum.

#### 6 Einwohnerfragestunde

Herr Günther Ringelspacher, Gustav-Jeuthe-Straße 1, 06849 Dessau-Roßlau, äußerte Fragen zur Thematik OdF-Denkmal, über deren Sachstand in dieser Sitzung informiert werden soll.

- 1. Hat die Stiftung Bauhaus sich gegen den alten Standort des OdF-Mahnmals gestellt? Wenn ja, mit welcher Begründung?
- 2. Gibt es eine baufachliche, baurechtliche, bautechnische oder ähnlich gelagerte Begründung dafür, dass das OdF-Mahnmal nicht am damaligen Standort stehen darf?
- 3. Hat irgendjemand von Ihnen als Anwesende oder aus dem Bekanntenkreis jemals von einer gelungenen Umfunktionierung eines OdF-Denkmals Kenntnis erhalten, wo politisch korrekt alle Opfergruppen des NS berücksichtigt worden sind? Gestalterisch oder textlich oder dergleichen. Soll dann dieser Maßstab etwa an alle Mahnmale angelegt werden?

Herr Oberbürgermeister Kuras erklärte, dass sich die Stiftung Bauhaus nicht gegen den jetzigen Standort ausgesprochen hat. Die Stiftung habe an der ersten Sitzung mit den Fraktionsvorsitzenden und den Opferverbänden teilgenommen und keine eigenen Vorschläge zur Standortfrage vorgebracht. Allerdings war sie mit der dort gefallenen Vorentscheidung, sprich der Versetzung des OdF-Denkmals, einverstanden.

Zur zweiten Frage sprach der Oberbürgermeister, dass unter allen Beteiligten die Sorge bei der Standortwahl insbesondere darin bestand, dass das OdF-Mahnmal durch die dann neuentstandene, sehr hochwertige Architektur des Bauhausmuseums visuell und in Ihrem Anliegen eher in den Hintergrund rückt. An dieser Sorge habe sich nach einer erneuten Sitzung auch nichts geändert. Es bestand ebenfalls große Übereinkunft, dass das Mahnmal in der Nähe bleiben sollte, nicht zuletzt deshalb, weil es unter den "Bauhäuslern" seiner Zeit auch etliche Opfer des Nationalsozialismus gegeben hat, welche dann in Konzentrationslager deportiert und zum großen Teil umgebracht worden sind.

Die dritte Frage beantwortete der Oberbürgermeister damit, dass ihm kein Fall bekannt sei, wo ein Mahnmal umgesetzt worden wäre. Umgestaltet in dem Sinne werde es nicht, sondern nur an einen anderen Standort versetzt. Es habe nochmal eine umstrittene Diskussion mit den Opferverbänden gegeben, dass man den Kreis, derer denen zu gedenken ist, erweitert.

Abschließend sagte er, dass er keinen solchen Fall kenne, heiße nicht, dass es keinen gibt. Es sei in Dessau-Roßlau ein Sonderfall.

Die Thematik werde nach der Sachstandinformation weiterdiskutiert, so der Konsens.

Herr Ringelspacher gab an, ihm habe die Antwort auf seine erste Frage gut gefallen. Diese decke sich mit den Angaben in der Presse. Zur zweiten Frage erklärte er, dass seine Frage fachlicher bzw. baurechtlicher Natur war, sich die Antwort jedoch auf ästhetische Gesichtspunkte bezog.

Der Oberbürgermeister entgegnete, dass ihm keine baurechtliche Vorschrift einfalle, die Mahnmalen verbietet, in der Nachbarschaft von Gebäuden zu stehen. Es sei während der Bauphase nicht erlaubt, aber nicht baurechtlich, sondern eher bauphysikalisch, da durch die entstehenden Bautrichter ziemlich sicher ist, dass das Mahnmal schon während der Bauphase in Mitleidenschaft gezogen würde, wenn man es

dort stehen ließe. Es gebe aber kein Verbot, es am alten Standort wieder aufzustellen.

,Ästhetische Gründe' sei nicht die richtige Bezeichnung, so der Oberbürgermeister weiter. Es seien visuelle Gründe, die die Sorge rechtfertigen, dass das Mahnmal dadurch an Bedeutung verliert, dass unmittelbar dahinter ein großes, neues Bauwerk entsteht.

Während des Tagesordnungspunktes erschien Herr Rumpf um 16:49 Uhr als Vertretung für Herrn Adamek.

#### 7 Öffentliche Anfragen und Informationen

#### 7.1 Rathaus Dessau

Sanierungskonzept Innengestaltung Foyers und Haupttreppenhaus /

Vorlage: IV/014/2017/III-65

Herr Oberbürgermeister Kuras erklärte einführend, dass ein Rückzug der Vorlage angedacht war, doch er habe sich kurzfristig dagegen entschieden, da es in den Fachausschüssen bereits eine ausführliche Diskussion hierzu gab. Insbesondere sei auch in der Presse über den Verlauf der Sitzung des Finanzausschusses der letzten Woche berichtet worden. Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, habe dort Bedenken betreffend der Sinnhaftigkeit des technischen Ablaufes geäußert. Sie habe nach der Wirtschaftlichkeit des Vorhabens gefragt. Er habe noch nicht abschließend entscheiden können, wie er damit umgehen wolle. Doch er könne den Äußerungen des Ausschussvorsitzenden Herrn Weber einiges abgewinnen. Er glaube auch, dass ein Gesamtkonzept für das Rathaus gebraucht werde, um nicht, wie Frau Nußbeck befürchtete, erst die Wände zu malern und später die Fenster zu erneuern. Er würde jedoch nichts an der Zielstellung ändern wollen, mit dem Ratssaal zu beginnen. Dieser sei die Kernzone der Demokratie und entspreche nicht mehr den heutigen Anforderungen. Herr Bekierz, Leiter des Amtes für Zentrales Gebäudemanagement, erklärte im Finanzausschuss, es sei erst dann sinnvoll über das Sanierungskonzept zu diskutieren, wenn die Kosten hinreichend geklärt sind, was einige Zeit in Anspruch nehme. Andere Ausschussmitglieder sagten, es müsse im Vorfeld eine Art Strukturkonzept vorliegen. Er schließe sich dem in gewisser Weise an, man sollte die Bauverwaltung beauftragen, nach der Sommerpause ein solches Konzept vorzulegen, welches ausschließlich technologischen Erfordernissen entspreche. Diverse Bereiche des Ratssaales betreffen bei der Sanierung auch Bereiche der unteren Stockwerke, dies sei technologisch nicht voneinander zu trennen. Das müsse zunächst in einem groben Strukturkonzept niedergeschrieben werden, um hinterher die Kosten zu ermitteln. Das Vorhaben müsse dann schnellstmöglich umgesetzt werden. Er bat um Zustimmung zu dieser Verfahrensweise, die im Finanzausschuss eine Mehrheit fand, oder um Alternativvorschläge.

Herr Schönemann erläuterte, der Ansatz war, den Ratssaal umzugestalten. Im Zuge der Haushaltsdiskussion habe sich die Notwendigkeit ergeben, dass eine dringende Aufwertung des Rathausinneren erforderlich ist. Man habe sich geeinigt, neben dem Ratssaal, das Foyer des Rathauses aufzuwerten. Er wisse nicht, warum die gesamte infrastrukturelle Peripherie keine Betrachtung erfuhr, könne er sich nicht erklären. Im

Nachgang habe man festgestellt, dass u. a. die Toiletten nicht in Ordnung sind, die Fenster nicht mehr zeitgemäß sind. Auch außen seien Sanierungen notwendig. Dort habe vor 1 - 2 Jahren die Fassade in den Freibereich des Ratskellers gebröckelt. Die Fraktion die Linke sehe das Rathaus als Spiegelbild der Stadt, es sei das Kernobjekt. Er schlug vor, dass das Foyer und der Ratssaal in das neue, zu erstellende Konzept eingeordnet werden und die Zielsetzungen erhalten bleiben. Er wolle es nicht neuordnen wollen. Die Zeitabfolge für Foyer und Ratssaal möge beibehalten werden. Der Bedarf der Sanierung des gesamten Gebäudes sei zu definieren, danach müsse man sich mit dem Haushalt 2018 neu festgelegen.

Der **Oberbürgermeister** fügte hinzu, Herr Bekierz habe den Gesamtaufwand des Rathauses auf 4 - 5 Mio. Euro geschätzt. Man müsse daher Prioritäten setzen. Er hatte zunächst angenommen, dass die Toiletten und die Türen bereits in den 2 Mio. Euro inbegriffen sind. Es sei ein finanzieller Gesamtüberblick nötig, danach müsse man Prioritäten festlegen. Seiner Meinung nach könne mit dem Ratssaal begonnen werde.

Herr Eichelberg schloss sich Herrn Schönemann an. Es habe eine Arbeitsgruppe zum Thema Rathaussanierung gegeben, als das Ziel der AG erreicht wurde, wurde die Diskussion neu aufgeworfen. An Festlegungen habe man sich bisher nicht gehalten. Er stimmte zu, dass das Rathaus insgesamt betrachtet werden müsse, aber an die bisherigen Beschlüsse sollte festgehalten werden. Auch die Zeitschiene sollte eingehalten werden, der Rest solle einfließen. Eine neue Diskussion solle nicht eröffnet, sondern bisherige Festlegungen umgesetzt werden, ansonsten mache man sich lächerlich.

Das Ziel sei nicht völlig verändert worden, so der **Oberbürgermeister**, man habe nur festgestellt, dass viele Dinge nicht enthalten sind, welche ebenso wichtig sind. Doch die Crux sei, dass es für Rathäuser keine Förderung gebe. Es werde davon ausgegangen, dass das Rathaus das ureigene Anliegen einer Stadt sei, sodass diese für die Kosten selbst aufkommen müsse.

Herr Eichelberg widerholte, das bereits Beschlossene solle nun umgesetzt werden. Wenn sich zusätzliche Dinge ergeben, so können die einfließen. Natürlich könne sich etwas ergeben, dass ebenso dringend saniert werden müsse, so wie die Toiletten, doch das ursprüngliche, anvisierte Ziel dürfe nicht außer Augen verloren werden, ebenso die Zeitschiene. Herr Oberbürgermeister Kuras erwiderte, dass dies nicht leicht sein werde, doch es bleibe dabei, dass am Ziel festgehalten werde.

Herr Dr. Melchior ergänzte, es werde dringend ein Nutzungskonzept für das Erdgeschoss gebraucht. Die Verwaltung solle überlegen, wie der Bereich vernünftig genutzt werden könne, damit dort leben hinein kommt. Herr Schönemann fügte hinzu, es habe bereits den Auftrag gegeben, den Empfang mit zu betrachten.

Herr Oberbürgermeister Kuras erläuterte, es gebe insbesondere von Herrn Krause angeregte Überlegungen, ein Sicherheitskonzept zu erstellen. Er schließe sich dem an. Es bestehe eine Fürsorgepflicht gegenüber den Mitarbeitern. Die Überlegung werde sich in irgendeiner Form im Eingangsbereich wiederspiegeln.

Herr Dr. Melchior sagte, in bestimmten Bereichen des Neubaus sei relativ hoher Publikumsverkehr auf sehr engen Gängen. Zum Teil sei dies unzumutbar. Über eine Umsortierung solle nachgedacht werden, um vernünftige Arbeitsbedingungen zu schaffen. Dies bestätigte der **Oberbürgermeister.** Auch die Treppen seien dort nicht üppig bemessen.

Zusammenfassend erklärte er, dass er nur darauf hinweisen wollte, dass man sich auch darüber Gedanken machen müsse. Dies werde sich insbesondere im Erdgeschoss wiederspiegeln.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

## 7.2 Personalreport der Stadt Dessau-Roßlau für das Jahr 2016 Vorlage: IV/026/2017/II-10

Einführungsbedarf bestand nicht.

Herr Schönemann wünschte, dass ein Personalentwicklungskonzept auf den Personalreport folge. Der Report bilde den Ist-Zustand ab, welcher nicht konzeptionell definiert sei. Der Report solle die Zielsetzung des geplanten Personalentwicklungskonzeptes wiederspiegeln. Herr Oberbürgermeister Kuras erklärte, der Personalreport spiegelt in der Tat den Ist-Zustand wieder, doch erkläre dieser aus sich heraus bereits den Handlungsbedarf. Für das Personalentwicklungskonzept sei mit den Leitlinien zur Führung und Zusammenarbeit begonnen worden, es seien mehrere Workshops durchgeführt und eine Belegschaftsversammlung sei durchgeführt worden. Der nächste Schritt sei, sich beispielsweise damit auseinanderzusetzen, in welchen Bereichen eine besonders hohe Überalterung vorherrsche, oder wo viele Mitarbeiter ausscheiden.

Herr Dr. Melchior kritisierte die Gestaltung der Ausschreibungen. Auf der Facebook-Seite der MZ habe er eine Ausschreibung gefunden für die Stelle des/der Leiters/Leiterin des Lehrparks für Tier- und Pflanzenkunde. Andere Städte benutzen ausführliche Ausschreibungen um für die Stadt und die Aufgabe zu werben und es moderner zu gestalten. Bei der Stadt Dessau-Roßlau sei davon überhaupt nichts zu erkennen. Die genannte Ausschreibung sei sehr nüchtern und missfalle ihm. Auch inhaltlich mangele es beispielsweise an der wichtigsten Aufgabe eines Leiters, dem Führen von Personal. Er bat zu überdenken, ob nicht eine modernere, ansprechendere Form möglich sei.

Frau Erxleben, Leiterin des Haupt- und Personalamtes, gab ihm Recht, doch gebe es auf den einzelnen Plattformen und bei den Presseveröffentlichungen stets verschiedene Möglichkeiten einer Veröffentlichung. Man könne es verkürzt oder ausführlich machen, doch am Ende entscheiden stets die Kosten. Je übergreifender die Ausschreibung, desto kostenintensiver. Die Stadt nutze auch die Internetplattformen externer Anbieter, um insbesondere Stellen, wie der genannten zu bewerben, doch gelten dort höhere Preise. Herr Oberbürgermeister Kuras erklärte, dass sei nicht das Kernargument sei. Es gebe auch verschiedene kostenlose Plattformen. Er würde die Anregung gern aufgreifen, gab er an. Innerhalb der öffentlichen Verwaltungen sei

ein Fachkräftemangel festzustellen. Eine attraktivere Gestaltung der Ausschreibungen wirke sich sicherlich positiv auf die Stadt aus.

Herr Dr. Melchior fügte hinzu, dass sich auf die genannte Stelle offensichtlich niemand beworben habe. Dem widersprach Frau Erxleben, es habe zwei Bewerber gegeben, die jedoch abgesprungen sein. Dass sich nur zwei Personen bewerben, sei auch eine Aussage, so der Oberbürgermeister. Früher habe man sehr attraktiv ausgeschrieben, zumindest die Stellen der Beigeordneten.

Herr Bönecke erklärte, das Geld könne ein Totschlagsargument sein, doch könne die Stadt die Ausschreibungen auf kostenpflichtigen Plattformen schlank halten, wenn die Ausschreibungsseite auf der eigenen Homepage attraktiv gestaltet und mit den weichen Faktoren geworben werde. Dann sei eine Anzeige, die eventuell farblich hervorgehoben und nicht sehr kostspielig sei, mit dem Verweis, dass die ausführliche Stellenbeschreibung auf der Homepage zu finden ist, ausreichend. Auf der eigenen Website koste es kein zusätzliches Geld. Dem stimmte der Oberbürgermeister zu.

Frau Benckenstein erklärte in Bezeug auf die Ausfallquote je Amt, dass sie die des Amtes 41 mit 60 % wie im vorigen Jahr erschrecke. Sie fragte, ob das Amt damit noch arbeitsfähig sei. Herr Dr. Reck fragte, ob sich die Frage auf die Beamten beziehe. Er habe nur einen einzigen Beamten, dieser sei gesundheitlich sehr angeschlagen und schlage derart in die Statistik. Dennoch sei die Gesamtausfallquote allgemein im Vergleich zum Vorjahr kontinuierlich gestiegen, so Frau Benckenstein. Sie fragte, ob und wie dem entgegen gewirkt werde. Herr Oberbürgermeister Kuras erklärte, man könne nur bedingt Rückschlüsse aus den Quoten ziehen, da beispielsweise 1 - 2 Langzeiterkrankungen stark in die Statistik einschlagen. Selbstverständlich werde dem Ausfall entgegengewirkt, so z. B. mit dem betrieblichen Gesundheitsmanagement, welches sich insbesondere um die Langzeitkranken durch Wiedereingliederung kümmere. Außerdem werde Gesundheitsprävention betrieben, die Verwaltung denke über einen Gesundheitstag nach. Es seien besondere Anstrengungen nötig, um eine immer älter werdende Belegschaft leistungsfähig zu halten.

Herr Schönemann ging erneut auf seinen Wunsch nach einem Personalentwicklungskonzept ein. Man könne dieses einfließen lassen, indem man berichtet, was passiert ist und die neue Qualität einbringt. Frau Erxleben entgegnete, dass das Entwicklungskonzept und der Report geteilt seien. Der Report sei eine Bestandsaufnahme. Was Herr Schönemann meine, seien die Instrumente, an denen man derzeit arbeite. Als Fundament stehen nun die Leitlinien, zudem habe die erste Projektgruppensitzung zum Personalentwicklungskonzept stattgefunden. Es sei eine Zeitschiene aufgestellt worden. Nach der Sommerpause sollen die Teilgruppen zusammengeführt werden und die weiteren Schritte festlegen. Herr Oberbürgermeister erklärte, der Report sei eine statistische Übersicht, ein Personalentwicklungskonzept gehöre dort nicht hinein. Er schlug vor, den Stand als Vorwort zu erkennen zu geben.

Herr Eichelberg erklärte, wenn das Gremium ständig auf dem neuesten Stand sei, kommen die Nachfragen nicht. Bei regelmäßigem Informationsfluss wisse das Gremium, wo die Stadtverwaltung aktuell steht und wie die Zukunft aussehe.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

#### 7.3 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

## 1. Auswertung der Werkstatt am 09.05.2017 zur Umsetzung des Mahnmals für die Opfer des Faschismus – IV/038/20177III-61

Frau Schlonski erklärte eingangs, dass im letzten Haupt- und Personalausschuss abgesprochen worden sei, dass es zum weiteren Umgang mit dem OdF-Denkmal nochmal eine Werkstatt geben wird, wo nochmal diskutiert wird, wie der Stand gestaltet werden soll. Zur Unterstützung habe die Verwaltung den Planer Herrn Plaßmann eingeladen, der die Veranstaltung überwiegend vorbereitet habe. Während der Veranstaltung habe er den festgelegten Standort vorgestellt und sei auf die Erweiterung eingegangen Er habe den Standort unter Aspekten betrachtet, wie er in den Raum wirke. Dabei habe er alternativ vorgeschlagen, den Standort ein wenig nach hinten in den Stadtpark zu versetzen. Dies sei keine Vorgabe gewesen. Er sei durchaus vom städtischen Standort ausgegangen. In der Werkstatt habe sich dann eine Diskussion ergeben, die den Standort nochmal völlig in Frage gestellt hat. Da sie die Veranstaltung moderiert hat, habe sie mehrfach darauf hingewiesen, dass es bereits einen Beschluss gibt und dass es Vorzögerungen gebe, wenn davon abgewichen werden wolle.

Eingeladen gewesen seien die Teilnehmer der ersten Veranstaltung im März mit Politik, Opferverbänden und Beteiligten des Stadtteils sowie erweitert um den Gestaltungsbeirat und andere Akteuren aus dem Kunst- und Kulturbereich. Das Meinungsbild unter allen Anwesenden war so, dass sich 10 Anwesende dafür ausgesprochen haben, die Standortdiskussion nochmal komplett zu öffnen. 7 Teilnehmer haben sich dagegen ausgesprochen. Als Verwaltung halte man sich an entsprechende Beschlüsse, deswegen liegen die Ergebnisse der Werkstatt zusammen mit einem kurzen Bericht der Verwaltung zum heutigen Tag als Informationsvorlage vor, so Frau Schlonski. Herr Schönemann ergänzte, dass sich zwei Personen in der Werkstatt enthalten haben.

Herr Oberbürgermeister Kuras erklärte, der Ausschuss müsse dem Baudezernat nun eine Arbeitsrichtung geben, sodass auf verlässlicher Basis weiter gearbeitet werden könne.

Herr Eichelberg berichtete, er sei bei der ersten Veranstaltung dabei gewesen. Stadtrat Otto habe einen Vorschlag gegeben, dem sich alle Anwesenden angeschlossen haben, zu diesem stehe er nach wie vor. Als politisches Gremium sei ein Beschluss gefasst worden, an den er sich gebunden fühle. Diskussionen seien gut, jedoch müssen diese zielführend sein und zu einem Punkt kommen. Dieser war seines Erachtens erreicht, als sich alles Anwesenden der ersten Veranstaltung einstimmig für einen Standort entschieden haben.

Herr Dr. Melchior gab an, bei der ersten Veranstaltung aus gesundheitlichen Gründen nicht dabei gewesen zu sein. Er habe wahrgenommen, dass bei der

zweiten Werkstatt gestalterische Aspekte eher eine Rolle gespielt haben. Insbesondere haben Herr Plaßmann und Herr Prof. Lückmann dargestellt, dass das Mahnmal mit einer Verlagerung in die Ecke im wahrsten Sinne in den Schatten gestellt werde, rein optisch und von der Bedeutung her. Nach der Auffassung von Herrn Plaßmann und einiger Mitglieder des Gestaltungsbeirates sollte die Gestaltung in einem freieren Bereich erfolgen, wo das Mahnmal besser zur Geltung komme, um ihrer Bedeutung gerecht zu werden. Man könne die gestalterischen Aspekte nochmals diskutieren, so Herr Dr. Melchior, man könne die Entscheidung jedoch belassen und akzeptieren. Er sei dahingehend offen.

Herr Oberbürgermeister Kuras entgegnete, die Frage nach der Wirkung des Mahnmals sei durchaus eine politische Frage. Diese habe in der ersten Veranstaltung tatsächlich auch eine Rolle gespielt. Man habe die Abfolge festgelegt, sich auf den Standort zu einigen und in der Folge sollte die genaue Gestaltung geklärt werden. Er habe mit Herrn Ringelspacher während des Kirchentages länger zur Thematik gesprochen. Dieser war eher der Meinung, dass es dort stehen bleiben solle, weil man den Eindruck hat, die Stadt würde das Thema eher an den Rand drücken wollen. Er fragte, ob während der zweiten Werkstatt diskutiert worden sei, das Denkmal an seinem bisherigen Standort stehen zu lassen. Herr Dr. Melchior antwortete, es sei derart nicht ausführlich besprochen worden. In den Pausengesprächen sei es thematisiert worden. Er halte den ursprünglichen Standort mindestens gleichwertig, eher sogar dem neuen Standort überlegen.

Herr Schlecht-Pesé, Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, ergänzte als Gast, dass Prof. Lückmann die Karte von Venedig zitiert habe. Wenn es eine Möglichkeit gebe, den ursprünglichen Standort des Mahnmales zu nutzen und dieser nicht aus baulichen Gründen ausgeschlossen werden müsse, sollte diese genutzt werden. Laut Randgesprächen und auch im Nachgang der Veranstaltung zeigte sich dafür der breiteste Konsens.

Herr Schönemann erklärte, die Ausführungen des Planers seien aus seiner Sicht kontraproduktiv gewesen, weil er zugleich den neuen Standort präferiert hatte und damit eine Diskussion entfachte, die den Standort in der Kavalierstraße generell in Frage stellte. Es sei darin ausgeufert, Alternativstandorte in der Stadt zu suchen. Die Stadt habe sich in einer mühevollen Arbeit einer Ausschreibung für das Bauhaus-Museum gestellt, in dem der Passus des Schutzes dieses Denkmal mit einer hohen Akzeptanz Bestandteil der Ausschreibung war. 832 internationale Büros haben in hoher Anerkennung der Bedeutung des Denkmals, das Mahnmal akzeptiert und nicht angefasst. Erst in der Nachplanung des Preisträgers sei durch den Bauherren selbst das Denkmal zwischen die Fronten geraten. Das Denkmal wirke nach wie vor und stehe überhaupt nicht in Konkurrenz zum Gesamtgebäude, so Herr Schönemann mit Blick auf einen Entwurf. Das Mahnmal nehme sich zurück und passe zeitgemäß dazu. Man hätte keine Veränderung vornehmen müssen bei maßvollem Umgang. Durch die Baugruppendiskussion habe er akzeptieren müssen, dass es einen leicht veränderten Standort geben würde, der aber genauso würdevoll sei. Schatten sei aus seiner Sicht manchmal auch ein Gestaltungsinstrument, wenn es um Nachdenklichkeit gehe. Dabei sei Schatten teilweise hilfreicher als Sonne. Das Problem sei gewesen, dass der Planer die Offerten gemacht hat und versucht hat, das Denkmal aufzuwerten. Das sei nicht das Ziel gewesen. In der Sitzung, in der der Standort entschieden wurde und der Rückbau des Denkmales beauftragt wurde, habe er expliziert gesagt, dass er enorme Bedenken habe, das Mahnmal anzufassen, ohne vorherige Planung und finanzielle Vorbetrachtung. Beim Rückbau sei nicht ausreichend bedacht worden, das Mahnmal wieder aufzubauen und in Szene zu setzen. Den Rückbau und Wiederaufbau hätte man der gleichen Firma anvertrauen müssen, weil es so letztendlich kostenseitig stimmig gewesen wäre. Zwei verschiedene Firmen zu beauftragen, sei sehr kostenintensiv.

Das Hin und Her um das Mahnmal mache ihn manchmal richtig sauer, so Herr Schönemann. Es sei keine würdige Vertretung. Diese Auffassung teilte der Oberbürgermeister nicht. Man habe sich mit dem Thema in sehr würdevoller Weise auseinander gesetzt, es sei hierbei nur nicht einfach, den Königsweg zu finden. Bei der ersten Veranstaltung habe es drei Vorschläge gegeben: Herr Otto schlug vor, das Mahnmal ein Stück weit in den Stadtrat zu versetzten. Der zweite Vorschlag lautete, das Mahnmal in die Verlängerung der Antoinettenstraße zu verlagern. Der Vorschlag sei schnell aufgegeben worden, da dort die rückseitige Zufahrt des Museums sein soll. Der dritte Vorschlag war die Grünfläche gegenüber dem Theater. Doch das Mahnmal vor den größten "Protzbau" der Nazis, der 1938 in Anwesenheit von Hitler und Göbbels eröffnet wurde, sei keine Option.

Bis jetzt habe die Stadt nichts falsch gemacht. Es sei festgelegt worden, dass das Mahnmal wegen der Bauphysik erstmal weg muss, damit es nicht zu Schaden kommt. Der 2. Schritt sei offensichtlich noch in der Diskussion. Es sei ein Sonderfall, ein solches Mahnmal überhaupt zu verrücken. Die Sorge bestand mehrheitlich, ob der jetzige Standort würdig sei. Es solle ein lebendiges Museum sein, so der Oberbürgermeister. Davor werden Veranstaltungen stattfinden. Ob der Charakter des Mahnmals dann noch gewahrt werde, bezweifle er.

Herr Bönecke erklärte, das Gremium solle sich selbst disziplinieren. Es sei eine Entscheidung getroffen worden. Die Stadt habe versichert, dass das Mahnmal am 27.01.2018 wieder steht. Bei Änderung auf den ursprünglichen Standort, sei nicht vom 27.01.2018 die Rede, sondern eher 2019. Er sehe keinen Anlass, vom gefassten Beschluss wieder abzuweichen.

Herr Schlecht-Pesé sprach, Zeitnot sei immer ein schlechter Berater. Es sei das geringste Übel, wenn das Mahnmal ein Jahr nicht an seinem Platz stehe. In der Werkstatt sei diskutiert worden, wo die Veranstaltung am 27.01.2018 stattfinden würde: zwischen der Baustelle des Museums und der der Kavalierstraße. Somit wäre der würdige Ort ohnehin beeinträchtigt. Es habe keine gute Entscheidungsgrundlage bei Beschluss vorgelegen. Bei der zweiten Werkstatt haben alle Anwesenden auf eine würdige Neuaufstellung des Mahnmals abgezielt. Wesentlich sei, aus dem Gestaltungsbeirat waren alle gegen den Beschluss und haben dringende Bedenken geäußert.

**Herr Oberbürgermeister Kuras** gab zu, ihn habe der Zeitgedanke getrieben. Ob die Entscheidung durch die Länger der Zeit besser werde, sei fraglich. Eine Visualisierung sei unbedingt notwendig.

Herr Dr. Melchior erklärte, im Hauptausschuss sei zur Beschlussfassung nicht beachtet worden, dass am 27.01.2018 an der Stelle des Mahnmals eine Baustelle sei. Darauf habe Herr Plaßmann hingewiesen. Herr Koschig habe vorgeschlagen, die Feier an einer anderen Stelle zu veranstalten. Eine würdige Feier sei neben einer Baustelle ohnehin nicht möglich, es müsse nach einer Alternative gesucht werden.

Herr Schönemann erklärte, die Eile sei erzeugt werden. Der Entscheidungsrückstand sei provoziert worden. Die mahnenden Worte, das Thema vernünftig zu diskutieren, seien nicht gehört worden. Im Interesse der Abläufe wurde geglaubt, dass ein schneller Handlungsbedarf nötig sei, sodass man mit dem Baubeginn nicht in Verzug gerate. Der neue Standort sei zustande gekommen aufgrund der Intervention des Planers.

Abschließend erklärte er im Namen seiner Fraktion, dass das Denkmal in jedem Fall in der Kavalierstraße verbleiben müsse. Die Kavalierstraße sei einst die Prachtstraße der Stadt gewesen. Warum sie dies nicht mehr ist, sei u. a. in diesem Denkmal zementiert. Würde das Denkmal aus der Straße herausgenommen werden, die nun mit dem Museum wieder zur "guten Stube" gemacht werde, fehle etwas Elementares für die Geschichte der Stadt und der Straße. Man solle sich fachlich dem Alternativstandort widmen, wenn der gehe, so sei es keine Schande zum alten Standort zurückzukehren. Grundkonsens der ersten Veranstaltung sei gewesen, dass das Mahnmal in der Kavalierstraße zu verbleiben hat, so der **Oberbürgermeister.** 

Herr Koschig, ehemaliger Oberbürgermeister, erklärte als Gast, dass im Rahmen der Arbeitsgruppe "Geschichte der Stadt Dessau-Roßlau" sei das Thema Gedenkkultur ein regelmäßiger Punkt sei. Vor einigen Jahren sei mit dem KZ-Außenlager Buchenwald gesagt worden, dass in Dessau etwas im Gedenken fehlt. Dadurch sei ein Entwurf eines Dessauer Künstlers entstanden. Die Platzsituation vor den Stadtwerken sei bereits so hergerichtet worden, es sei nur nicht weiter daran gearbeitet worden, um Spenden überwiegend aus dem Industriegebiet Waggonbau einzusammeln und schließlich eine Stele aufzustellen. Nun könne am 27.01.2018 an der Stelle nicht den Opfern des Faschismus gedenkt werden.

Man sollte die 6.000 – 7.000 Euro, die für die Aufstellung der Stele veranschlagt waren, nutzen und dem Außenlager Buchenwald zukommen zu lassen, um dort am 27.01.2018 eine würdige Veranstaltung durchzuführen und dem Hauptausschuss und dem Stadtrat genügend Zeit zu geben, über den Standort nachzudenken. Er bat um Rücknahme des Beschlusses und zu vergegenwärtigen, ob Herr Plaßmann mit seinen Bedenken Recht habe.

Herr Oberbürgermeister Kuras bedankte sich bei Herrn Koschig und sagte, er glaube, dies sei so möglich. Die Frage sei nun, ob der alte Beschluss geöffnet werden solle. Herr Dr. Melchior bestätigte, auf die Weise könne in Ruhe nach einem würdigen Standort gesucht werden. Man sei sich einig, dass das Mahnmal in der Kavalierstraße verbleiben solle und kein neuer Standort diskutiert werde.

Herr Schlecht-Pesé drehte die Worte des Herrn Schönemann um, sodass wenn der alte Standort nicht wieder genutzt werden könne, über den neuen nochmals nachgedacht werden. Es müsse geprüft werden, ob der ursprüngliche Standort noch möglich sei.

**Herr Stadtratsvorsitzender Ehm** schlug den Friedhof III als hervorragende OdF-Gedenkstätte für den 27.01.2018 vor, um den Zeitdruck zu entnehmen.

Herr Bönecke erklärte, damals sei gesagt worden, dass die Versetzung nötig sei, aufgrund der Abrutschgefahr wegen der Baugruben und weil die neue Museumskuratur den Standort nicht mehr zulässt. Ist der alte Standort wählbar, so sollte der wieder gewählt werden, aber unter Einbezug der Stiftung. Der gefasste Beschluss sollte Planungsseitig vorangetrieben werden und parallel die Option der Wiedererrichtung am ursprünglichen Standort geprüft werden. Herr Eichelberg sagte, die Standortdiskussion sei nur aufgekommen, da gesagt wurde, das Denkmal funktioniere am ursprünglichen Standort nicht mehr. Zum einen wegen der Baustelle, zudem werde eine bauliche Veränderung vorgenommen, die so nicht vorgesehen war. Es wurde gesagt, auch nach der Baustelle sei der Standort nicht möglich, zum einen optisch und zum anderen wurden die Abstände als zu gering deklariert. Nur deshalb sei ein Alternativstandort beschlossen worden. Stelle sich nun heraus, dass der Standort bleiben könne, werde dieser wieder gewählt. Bis dahin sei der Beschluss einzuhalten, alternativ werde der ursprüngliche Standort geprüft.

Der Zeitdruck werde herausgenommen, so der **Oberbürgermeister**. Für die Feierlichkeit werde eine Alternative gewählt, Vorschläge liegen nun vor. Nun sei eine genaue Überprüfung der baulichen Verhältnisse nötig. Er schlug des Weiteren einen weiteren Workshop vor. Herr Schlecht-Pesé stimmte zu, unter Beteiligung von Fachleuten. Der Gestaltungsbeirat sei bewusst eingeladen worden, so der **Oberbürgermeister**. Wenn ein Workshop, dann auf Beschlussgrundlage, so **Herr Schönemann**. Er würde die Anmerkung von Herrn Koschig nicht unter den Tisch fallen lassen und bat um Antrag der AG an die Stadt bzw. an den Ausschuss, um das angeschobene Projekt umzusetzen. **Herr Oberbürgermeister Kuras** stimmte dem zu. Anschließend wurde die Diskussion geschlossen.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

### 8 Beschlussfassungen

8.1 Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA Vorlage: BV/111/2017/I-OB

Anfragen und/oder Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

Der Beschlussvorlage wurde ungeändert einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

8.2 Entscheidungen über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA Vorlage: BV/137/2017/I-OB

Anfragen und/oder Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

Der Beschlussvorlage wurde ungeändert einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

8.3 Entscheidung über Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG Vorlage: BV/136/2017/IV-ATD

Anfragen und/oder Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

Der Beschlussvorlage wurde ungeändert einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

8.4 Anzeige von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen von 1.000 EURO bis 50.000 EURO für den Zeitraum 01.10.2016-31.12.2016

Vorlage: BV/031/2017/V-SKD

Anfragen und/oder Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

Der Beschlussvorlage wurde ungeändert einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

8.5 Anzeige von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungsangeboten von 1.000 EUR bis 50.000 EUR für den Zeitraum vom 01.01.-31.01.2017

Vorlage: BV/072/2017/V-SKD

Anfragen und/oder Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

Der Beschlussvorlage wurde ungeändert einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

8.6 Maßnahmebeschluss zur Beschaffung eines mobilen Stromerzeugers und einer mobilen, selbstansaugenden, feststoffunempfindlichen Großpumpe für den Katastrophenschutz
Vorlage: BV/163/2017/II-37

Anfragen und/oder Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

Der Beschlussvorlage wurde ungeändert einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

8.7 Satzung über die Festlegung der Schulbezirke und Schuleinzugsbereiche für die allgemeinbildenden Schulen in Trägerschaft der Stadt Dessau-Roßlau

Vorlage: BV/114/2017/V-40

Auf Nachfrage von **Frau Benckenstein**, ob die Schulbezirke und Schuleinzugsbereiche grundsätzlich geändert worden sind oder nur die Ganztagsschule hinzugekommen sei, erklärte **Frau Günther**, **Sb Schulangelegenheiten**, dass es diese schon gegeben hat und sie in der Schulentwicklungsplanung so geregelt waren. Mit der neuen Satzung der Gemeinschaftsschule sei vom Landesschulamt empfohlen bzw. aufgetragen worden, eine Satzung herbeizuführen.

Herr Präger, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, gab an, bereits im Ausschuss für Gesundheit und Soziales hinterfragt zu haben, ob im Zusammenhang der veränderten Straßenführungen durch die größeren Umbaumaßnahmen an der Kavalierstraße auch die Schulwege mit betrachtet worden. Er bat darum, in der Arbeitsgemeinschaft "Schulwegsicherung" darauf Augenmerk zu legen.

**Frau Günther** entgegnete, dass sich Schulwege bisher nicht durch Baumaßnahmen geändert haben. Es sei geregelt, welche Schülerinnen und Schüler einen Anspruch auf Erstattung der Schülerbeförderungskosten haben. Wenn sich in Folge von Baumaßnahmen längere Wege ergeben, müssen dies im Einzelfall geprüft werden.

Es gehe nicht um die Fahrt-, sondern die Laufwege, so Herr Präger und Herr Schönemann. Herr Präger erklärte, er beziehe sich auf die geänderte Gefährdungslage bei Baumaßnahmen. Die AG "Schulwegsicherung" betrachtet in 2017 die Schulwege, aber in 2018 und 2019 sehe die Situation anders aus und es ergebe sich aus seiner Sicht dann eine größere Gefährdung der Schüler. Wenn die Eltern dann auch noch die schriftliche Antwort bekommen, dass ihre Kinder als Erstklässler Sommer wie Winter 6.30 Uhr und 17.30 Uhr diese Schulwege allein begehen können, so sollte darauf geachtet werden, dass die Wege auch zu diesen Zeiten und allen Jahreszeiten sicher sind, kritisierte er.

Herr Oberbürgermeister Kuras hinterfragte, ob man die Schuleinzugsbereiche vor dem geschilderten Hintergrund geändert werden sollten oder eher extra Vorsorge mithilfe von Schülerlotsen oder dergleichen getroffen werden sollte. Herr Präger empfahl die angemessenere Variante.

Frau Schlonski erklärte, dass bei Baustellen grundsätzlich darauf geachtet wird, dass Wege und Verbindungen offen bleiben. Zwar könne der Weg dann etwas länger sein, jedoch müssen Baustellen vor Gefährdungen abgesichert sein. Herr Präger wies darauf hin, dass es nicht um Baustellen gehe, sondern um das Verkehrsaufkommen. Frau Schlonski entgegnete, dass die Baumaßnahmen an der Kavalierstraße so getaktet sind, dass der Fuß- und Radverkehr stets fließen und an bestimmten Stellen queren kann. Dies werde nicht mehr überall möglich sein, sei aber geregelt.

Herr Bönecke stellte klar, dass dies nicht Sinn der Frage sei. Der Hauptumleitungsverkehr werde durch die Willy-Lohmann-Straße und die Friedrichstraße gehen. Beides seien Hauptschulwege der Kinder, die im Areal zwischen Kavalierstraße und Grundschule "Am Akazienwäldchen". An der Stelle gibt es jedoch einen Fußgängerüberweg, welcher optimal gelagert ist. Diesen könne man eventuell zusätzlich mit Schildern oder dergleichen aufwerten.

Herr Oberbürgermeister Kuras bestätigte, dass der Umleitungsverkehr ein anderes Verkehrsaufkommen erzeugt und erklärte die Problematik zum **Prüfauftrag des Dezernates III**, um zusätzlichen Gefährdungen entgegenzuwirken.

Herr Schönemann erklärte, dass die Landesgesetzgebung klar vorgibt, wie die Schulbezirke und Schuleinzugsbereiche zu definieren sind. Herr Oberbürgermeister Kuras entgegnete, dass es eher um Maßnahmen gehe, die das steigende Risiko abfedern und brachte die Vorlage anschließend zur Abstimmung.

Der Beschlussvorlage wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

## 8.8 Satzung für die Schülerbeförderung in der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: BV/098/2017/V-40

Auf die Frage von **Frau Benckenstein**, ob sich etwas geändert hat, erklärte **Frau Günther**, dass die Satzung grundsätzlich so geblieben ist, aber sich diverse Begrifflichkeiten geändert haben und der Tag der Gemeinschaftsschule aufgenommen wurde.

Herr Oberbürgermeister Kuras gab an, es seien eher redaktionelle Änderungen. Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung, fügte hinzu, dass Fahrten zu Schülerpraktika deutlich günstiger gestaltet wurden, sodass auch auswärtige Praktikumsstandorte angefahren werden können. Dies entspreche auch arbeitsmarktlichen Erfordernissen.

Auf Nachfrage von **Frau Benckenstein**, ob die Satzung nur öffentliche Schulen oder auch Schulen in freier Trägerschaft betreffe, antwortete **Herr Krause**, dass diese für beide gelte. **Frau Benckenstein** fragte weiter, ob Kinder, die eigentlich in eine öffentliche Schule in Wohnortnähe gehen könnten, jedoch eine Schule in freier Trägerschaft 10 km weiter besuchen, weiterhin keine Kosten erstattet bekommen. Dies wurde allgemein bestätigt.

Anschließend brachte der Oberbürgermeister die Vorlage zur Abstimmung.

Der Beschlussvorlage wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

Anschließend stellte der **Oberbürgermeister** um 18:18 Uhr Nichtöffentlichkeit her und eröffnete die Pause (Ende der Pause: 18:31 Uhr).

## 13 Schließung der Sitzung

Herr Oberbürgermeister Kuras schloss die Sitzung um 20:23 Uhr.

Dessau-Roßlau, 17.10.17

Oberbürgermeister Peter Kuras Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

Sandra Kahl Schriftführerin